

„Bürgermeister fühlen sich um Erfolg betrogen“

Städtebund-Geschäftsführer kritisiert Rot-Grün

DÜSSELDORF. (goe)

Bernd-Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes, kritisiert im Gespräch mit unserer Zeitung die rot-grüne Landesregierung. Das Land benachteilige vor allem die ländlichen Kommunen.

FRAGE: Die Regierung Kraft will das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 zulasten der ländlichen Gemeinden verändern und die hohen Sozialkosten der Großstädte stärker berücksichtigen. Halten Sie diesen Weg für akzeptabel?

BERND-JÜRGEN SCHNEIDER: Aus zwei Gründen ist das nicht akzeptabel. Zum einen der Zeitpunkt: Noch im November 2010 hat das NRW-Innenministerium Zahlen herausgegeben, die von einer nahezu unveränderten Aufteilung des Finanzausgleichs ausgingen. Einen Tag vor Heiligabend kommt dann der Regierungsentwurf zum GFG. Damit wird in vielen Kommunen der gerade beschlossene Haushalt zur Makulatur. Das zweite ist die Vorgehensweise. Soziallasten stärker zu berücksichtigen - darüber hat 2010 die vom Land eingesetzte Ifo-Kommission intensiv diskutiert. Wenn schon strukturelle Änderungen zugunsten der Großstädte kommen sollen, müssen wir auch über Vorschläge sprechen, von denen kreisangehörige Kommunen profitieren. Das wäre dann ein fairer und partnerschaftlicher Umgang.

FRAGE: Werden im Gegenzug die höheren Belastungen der Landgemeinden für den Unterhalt der Infrastruktur ausreichend berücksichtigt?

SCHNEIDER: Genau das ist nicht der Fall. In der Kommission wurde auch über einen Flächenansatz diskutiert. Damit soll berücksichtigt werden, dass im ländlichen Raum viele Aufgaben erheblich teurer zu erledigen sind als in Großstädten. Das betrifft etwa Abfallbeseitigung, Abwasserentsorgung oder Schülerbeförderung. Die Schülerbeförderung verursacht ganz klar höhere Kosten, wenn nicht auf einen gut ausgebauten ÖPNV zurückgegriffen werden kann. Oder der Brandschutz: Oft müssen in entlegenen Ortsteilen Feuerwachen gebaut und unterhalten werden. Das alles

gibt es nicht zum Nulltarif. Solche Lasten hat die Regierung nicht berücksichtigt.

FRAGE: Fürchten Sie, dass weitere Gemeinden durch die rot-grünen Pläne in die Haushaltssicherung gedrängt werden? Präsentiert sich Rot-Grün als Großstadt-Koalition?

SCHNEIDER: Das massenhafte Abrutschen in die Haushaltssicherung ist längst bittere Realität. Wir haben zahllose Briefe, E-Mails und Anrufe aus unseren Mitgliedskommunen erhalten. Darin äußern Bürgermeister ihre Wut und Verärgerung. Sie fühlen sich regelrecht betrogen um ihre Einsparerfolge. Die Bürger sehen sich plötzlich mit neuen Finanzlöchern in Millionenhöhe konfrontiert, die einfach nicht mehr zu stopfen sind.

Rot-Grün deshalb als Großstadt-Koalition zu bezeichnen, geht noch zu weit. Nur stammt die Mehrzahl der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen aus Großstädten und bringt für deren Probleme mehr Verständnis auf.

FRAGE: Wo sehen Sie die Lösung für die Verteilungsprobleme?

SCHNEIDER: Die Finanzprobleme der Kommunen lassen sich

nicht über andere Verteilmechanismen im kommunalen Finanzausgleich lösen. Es sind schlichtweg zu wenig Mittel da. Aber zu



*Das massenhafte
Abrutschen in die
Haushaltssicherung
ist längst bittere Realität.*

Bernd-Jürgen Schneider

einem fairen Finanzausgleich gehört auch, dass man Gewerbesteuerhebesätze im ländlichen Bereich geringer ansetzt als in Großstädten. Seit Jahren wird so getan, als hätte jede Kleinstgemeinde dasselbe Einnahmepotenzial wie eine Großstadt. Das ist völlig lebensfremd. Der Städte- und Gemeindebund NRW fordert daher von der Landesregierung, den kommunalen Finanzausgleich entsprechend zu korrigieren.

Mit dem Hauptgeschäftsführer des NRW-Städte- und Gemeindebundes, Bernd-Jürgen Schneider, sprach Wilfried Goebels.